

Tischvorlage zur Pressekonferenz am 21. Februar 2017

## **„Untersuchungsausschuss Modellbau“**

- Überblick über den Abschlussbericht der FREIEN WÄHLER -

Wurden Strafgefangene, die wegen besonderer Schuld in der Forensik und damit in bayerischen Bezirkskrankenhäusern untergebracht sind, als menschliche Arbeitskräfte „zum Sonderpreis“ benutzt? Und welche Rolle spielte dabei die ehemalige Staatskanzleichefin Christine Haderthauer? Diese und weitere Fragen sollten durch den „Untersuchungsausschuss Modellbau“ im Bayerischen Landtag geklärt werden. Nach mehr als zwei Jahren kommt **Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer**, Mitglied im Untersuchungsausschuss und stellvertretender Vorsitzender der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion, zu folgendem Fazit:

### **I. Fehlverhalten der verantwortlichen kommunalen und staatlichen Stellen**

Die „Arbeitstherapie Modellbau“ war offenkundig aus geschäftlichen Interessen der Firma „Sapor Modelltechnik“ und nicht aus therapeutischen Gründen entstanden. Um die Motivation der „günstigen“ Arbeitskräfte aufrechtzuerhalten, wurden Vollzugslockerungen in Ansbach genehmigt. Daraus entstandene Sicherheitsrisiken wurden in Kauf genommen.

Für sämtliche Vorgänge gilt: Wegen der auf allen Ebenen der beteiligten kommunalen und staatlichen Stellen erkannten Brisanz und der rechtlichen Problematik war man sich einig, dass die Nachvollziehbarkeit der Geschehnisse und der Art der Beteiligung der Verantwortlichen – insbesondere auf den höheren Ebenen – nach Möglichkeit vereitelt oder zumindest erheblich erschwert werden musste. Hieraus erklären sich die zum Teil hanebüchernen Vertuschungs- und Verschleierungsversuche bei den beteiligten kommunalen und staatlichen Stellen bis hin zum Blockadeverhalten führender Amtsträger gegenüber dem Untersuchungsausschuss, nämlich:

- die konsequente Nicht-Dokumentation wesentlicher Vorgänge unter Verletzung elementarer rechtsstaatlicher Standards sowie der Dokumentationsvorschriften,
- das Verschwinden von Akten und Teilen hiervon in einer Vielzahl von Fällen,
- die ungerechtfertigte Unkenntlichmachung von Akteninhalten,
- die Nicht- und Desinformation gegenüber Parlament und Medien, dem Rechnungsprüfungsamt Niederbayern sowie den Innenrevisoren der Bezirkskliniken Mittelfranken,
- die Vorenthaltung erkennbar aufklärungsrelevanter Akten und Beweismittel gegenüber dem Untersuchungsausschuss und

- der in einer Vielzahl von Fällen begründete Verdacht der Falschaussage von Zeugen gegenüber dem Untersuchungsausschuss.

Angesichts ihrer Häufung und der zeitlichen Schwerpunkte sind diese Vorkommnisse nicht mehr mit voneinander unabhängigen „menschlich-allzu menschlichen“ Fehlern zu erklären. Die Verantwortlichen müssen sich vielmehr den Vorwurf gefallen lassen, mehr darüber besorgt gewesen zu sein, dass das geschäftliche Wirken der Eheleute Haderthauer und das jahrelange eigene „Wegschauen“ publik wird als über die Konsequenzen, die sie für den Fall der Aufdeckung der weiteren Verletzungen ihrer Amts- und staatsbürgerlichen Pflichten anlässlich der Aufklärung der „Modellbauaffäre“ zu erwarten hatten.

## **II. Politisch relevantes Fehlverhalten von Christine Haderthauer nach Bekanntwerden ihres Engagements**

Obwohl Christine Haderthauer öffentlich angekündigt hatte, sie werde alles dafür tun, die Öffentlichkeit umfänglich aufzuklären, hat sie nach Bekanntwerden ihres Engagements bei „Sapor Modelltechnik“ alles daran gesetzt, möglichst wenig von ihrem Engagement an die Öffentlichkeit dringen zu lassen. Hierbei waren sie und ihr Ehemann bei der Wahl ihrer Mittel nicht zimperlich:

- Christine Haderthauer verschanzte sich mit allen legalen Mitteln hinter dem ihr zustehenden „privaten Schutzbereich“ für den Zeitraum vor ihrer Zeit als Ministerin, bis sie vom Bayerischen Verfassungsgerichtshof Mitte 2014 eines Besseren belehrt wurde.
- In einer geradezu dreisten Fehlinterpretation wertete sie diese Entscheidung als „Freibrief“, unter Missbrauch ihres Amtes als Staatskanzleichefin Druck auf Parlamentarier und Medienvertreter auszuüben, um eine ihr nicht genehme Berichtserstattung zu verhindern. Selbst auf einen Dringlichkeitsantrag der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion versuchte sie Einfluss zu nehmen.
- Sie verschwieg und verdrehte für die rechtliche und sittliche Beurteilung ihres Verhaltens erkennbar wesentliche Tatsachen. Sogar dem Ministerpräsidenten verschwieg sie die ganze Wahrheit – der wollte es allerdings offenkundig auch gar nicht „so genau“ wissen.
- Sie erfand eine „Methode Haderthauer“, um bei brisanten Fragen aus Parlament und Medien eigenes Wissen hinter dem angeblichen Nicht-Wissen anderer zu verstecken.

- Sie versuchte, durch ein Einwirken auf ihre Stimmkreisreferentin laufende strafrechtliche Ermittlungen zu behindern.
- Sie erklärte in der Öffentlichkeit, an der Aufklärung der Angelegenheit ein Interesse zu haben und hierbei mitwirken zu wollen. Das Gegenteil war der Fall.
- Selbst ihre Behauptung, es sei ein „von Idealismus getragenes Engagement finanzieller Art“ gewesen, konnte und wollte sie nicht belegen.

Angesichts eines derartigen Verhaltens steht der Gedanke im Raum, dass sie zum Zweck der Spurenverwischung und der Unschädlichmachung von Beweismitteln auch auf andere Amtsträger in ihrem Einflussbereich direkt oder indirekt Einfluss nahm.

### III. Verhalten des Untersuchungsausschusses

Aufgabe des Untersuchungsausschusses wäre es gewesen, eine möglichst klare Vorstellung von der Dimension der „Modellbauaffäre“ sowie von Zusammenhängen und Hintergründen zu vermitteln. Stattdessen hat sich das Gremium gerade bei den zentralen Fragen darauf beschränkt, die Katalogfragen minimalistisch zu beantworten.

Die Verfahrensweise des Untersuchungsausschusses war gekennzeichnet von:

- einer verfehlten Schwerpunktsetzung bei der Beweiserhebung,
- einer unangemessenen verfahrensmäßigen Schonung von Christine Haderthauer,
- der Ablehnung, aufklärungsrelevante Akten und Beweismittel einzubeziehen,
- dem Verzicht auf Vernehmung wesentlicher Zeugen,
- dem Verzicht auf Sachverständigengutachten unter Anmaßung ausreichender eigener Sachkunde,
- der Errichtung einer verfassungsrechtlich nicht in dieser Extensität erforderlichen Geheimturm ohne die Möglichkeit einer nach der Rechtsprechung gebotenen **Abwägung** des Steuergeheimnisses gegenüber dem öffentlichen Aufklärungsinteresse im Einzelfall,
- einer hierdurch bedingten unwürdigen Arbeitssituation, die eine sachgerechte Erfassung der zur Verfügung stehenden Straf- und Steuerakten für die Ausschussmitglieder wesentlich beeinträchtigte,
- einem Verzicht auf eigenverantwortliche Auswertung der im Strafverfahren gewonnenen Erkenntnisse durch einen Prozessbeobachter und „vorausseilende Demut“ gegenüber der restriktiven Position des Justizministeriums (StMJ),

- einer Hochstilisierung privater Geschäftsinteressen zum „Staatsgeheimnis“ unter eklatanter Vernachlässigung des auch für Untersuchungsausschüsse geltenden Öffentlichkeitsgrundsatzes
- der Duldung einer Kultur des „Mauerns“ bis hin zu „achselzuckend“ akzeptierten evidenten Falschaussagen bei verantwortlichen Amtsträgern.

#### **IV. Schlussfolgerungen**

Die über zwei Jahre andauernde Arbeit des Untersuchungsausschusses war unter anderem geprägt von:

- der Auswertung von nahezu 700 Akten
- 37 zumeist mehrstündigen Sitzungen
- unter Anwesenheit von neun Ausschussmitgliedern und deren Mitarbeitern,
- mehreren Mitgliedern des Landtagsamts,
- sieben Vertretern der Staatsregierung,
- der Vernehmung von über 80 Zeugen
- der Produktion von nahezu 5.000 Seiten an Protokollen.

**Gemessen an diesem enormen Aufwand ist die von politischen Opportunitätserwägungen geprägte Art der Aufarbeitung eine Farce – und die von der Volksvertretung präsentierten Untersuchungsergebnisse ein parlamentarisches Armutszeugnis.** Die FREIEN WÄHLER verzichten zunächst darauf, Vorschläge zu machen, wie ein derartiges Fehlverhalten künftig verhindert werden kann. Denn: Solange aus Gründen der politischen Opportunität von den berufenen Stellen die Aufsicht und Aufklärung ethischen oder rechtlichen Fehlverhaltens nicht erwartet werden kann, ist es sinnlos, Normen jeglicher Art zu schaffen oder zu ändern.

#### **Pressekontakt:**

Der Pressesprecher der **FREIE WÄHLER** LANDTAGSFRAKTION im Bayerischen Landtag  
Dirk Oberjasper, Maximilianeum, 81627 München

Tel.: +49 (0) 89 / 41 26 – 29 41, [Dirk.Oberjasper@FW-Landtag.de](mailto:Dirk.Oberjasper@FW-Landtag.de)